

MOBILFUNK UND POLITIK:

Vom schweren Weg durch die
politischen Instanzen

Dr. Peter Germann, Worms

Mainz, 24. Mai 2008

Mobilfunk und Politik:

- Weltweite Politik
- Bundesdeutsche Politik
- Bundesländer Politik
- Städte und Gemeinde Politik
- Nicht-Regierungsorganisationen
- Mobilfunkkritische Verbände

Mobilfunk und Politik: Weltweite Interessen

- Die WHO wurde von der ICNIRP beraten
- Die WHO hat die EU Kommission beeinflusst
- Die EU hat Grenzwerte übernommen
- Die EU hat die Bundesministerien beeinflusst

Mobilfunk und Politik: Bundesministerien

- Die Bundesregierung hat über die WHO und die EU die Empfehlungen der ICNIRP übernommen und durch die SSK „prüfen“ lassen, die diese Grenzwerte als ausreichend eingestuft hat.
- Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als untergeordnete Instanz des Bundesumweltministeriums hat ebenfalls die ICNIRP Werte anerkannt.
- Die personellen Beziehungen haben keinen Anlass zur Sorge gegeben!

Mobilfunk und Politik:

1. Bundesländer, Städte und Gemeinden

- Die Bundesländer haben über den Bundesrat Einfluss auf die Entscheidungen des Bundestages, allerdings kann der Einspruch im Bundestag mit einfacher Mehrheit zurückgewiesen werden.
- Der Bund hat das Baurecht, die Länder das Bauordnungsrecht
- Die Städte und Gemeinden haben nur über die Baugenehmigungen Einfluss auf die Mobilfunkstandorte. Ihr gesetzlich geregelter Handlungsspielraum ist begrenzt.

Mobilfunk und Politik:

2. Bundesländer, Städte und Gemeinden

- Um das Kommunalpolitische Dilemma zu entschärfen und den Kommunen ein größeres als das gesetzlich vorgeschriebene Maß an Partizipation zu eröffnen, haben die Mobilfunkbetreiber im Jahr 2001 eine Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden abgeschlossen und eine freiwillige Selbstverpflichtung gegenüber der Bundesregierung abgegeben.
- Und hier kommt die Wirtschaft und die Industrie ins Spiel!

Mobilfunk und Politik:

1. Gesetze und Verordnungen

- Telekommunikationsgesetz TKG 1996
- Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikations-einrichtungen FTEG 2001
- Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten EMVG 1998
- Bundesimmissionsschutzgesetz BImSchG 2004
- 26. Verordnung zur Durchführung des BImSchG, Verordnung über elektromagnetische Felder

Mobilfunk und Politik:

2. Gesetze und Verordnungen

- Verordnung über das Nachweisverfahren zur Begrenzung elektromagnetischer Felder BEMFV 28.8.2002
- Baugesetzbuch BauGB 1.1.1998
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke BauNVO 1990

Die Texte können unter www.bundesnetzagentur.de und

<http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/index.html> eingesehen werden

Mobilfunk und Politik: ICNIRP

- Nach Auffassung der ICNIRP bleibt der Schutz der menschlichen Gesundheit unbeeinträchtigt, wenn die Grenzwerte unterschritten werden. Die Grenzwertempfehlungen der ICNIRP sind **weltweit** in politische Entscheidungen eingeflossen, bei uns in der 26.BImSchV

Mobilfunk und Politik: SSK

- Die SSK kommt zu dem Schluss, dass auch nach Bewertung der neueren wissenschaftlichen Literatur keine neuen Erkenntnisse im Hinblick auf nachgewiesene Gesundheitsbeeinträchtigungen vorliegen, die Zweifel an der wissenschaftlichen Bewertung aufkommen lassen, die den Schutzkonzepten der ICNIRP bzw. der EU-Ratsempfehlung zugrunde liegt.

Mobilfunk und Politik: Mobilfunkpakt in Bayern

- Schnappauf : „ Der bundesweit erste dreiseitige Mobilfunkpakt zwischen Staat, Kommunen und Netzbetreibern hat sich bewährt. Die Paktpartner stehen im Dialog mit den Bürgern und nehmen die geäußerten Sorgen um die Gesundheit ernst“

Mobilfunk und Politik: Wirtschaftsinteressen I

- Die Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber gegenüber der Bundesregierung sieht unter anderem vor, dass im Rahmen eines jährlichen Gutachtens durch unabhängige Institutionen die Einhaltung der Vereinbarungen überprüft wird.
- **Achtung !**
- Die Mobilfunkbetreiber haben diese Aufgabe an das Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF) in Berlin delegiert, das wiederum für 2002 Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und für 2003 die B.A.U.M Consult GmbH, München, beauftragte.

Mobilfunk und Politik: Wirtschaftsinteressen II

- Die B.A.U.M Group bildet ein großes Netzwerk für die zukunftsfähige Entwicklung und verzweigt sich in verschiedene Felder : BAUM e.V. und BAUM AG.
 - Die B.A.U.M e.V. (Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e.V.) gegr. 1984 ist mit etwa 500 Mitgliedern der größte europäische Verband für dauerhaft umweltgerechtes Wirtschaften.
- Dr. Peter Germann, Worms

Mainz, 24. Mai 2008

Mobilfunk und Politik: Wirtschaftsinteressen III

- Der Verband ist in zahlreichen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Gremien vertreten!
- In der B.A.U.M Group sind mehrere kommerzielle Beratungs- und Ingenieurgesellschaften tätig.
- Alle Gesellschaften sind dem Ehrenkodex des B.A.U.M e.V. verpflichtet und arbeiten eng mit dem Verband und dessen Mitgliedern zusammen.

Mobilfunk und Politik: Wirtschaftsinteressen IV

- BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien)
- B.A.U.M Group
- Mobilfunkbetreiber
- Difu (Deutsches Institut für Urbanistik)
- IZMF (Informationszentrum für Mobilfunk e.V.)
tionszentrum Mobilfunk e.V.)
- DMF (Deutsches Mobilfunk Forschungsprogramm)
- FGF (Forschungsgemeinschaft Funk)

Mobilfunk und Politik: Wirtschaftsinteressen V

- ◉ WHO, EU, Bundesregierung, Länder, Städte
- ◉ Bundesministerien (BMU, BMWi, BMBF)
- ◉ Bundesnetzagentur

Mobilfunk und Politik: Forschungsaktivitäten I

- Die Forschungsaktivitäten der Bundesregierung verfolgen einen sehr breiten und umfassenden Ansatz :
- 1. genügen die geltenden Grenzwerte der 26.BImSchV
- 2. die Information der Bevölkerung wurde erheblich verbessert bei der Standortplanung und Risikokommunikation (Propaganda)
- Weitere Optimierungsmaßnahmen werden mit hohem Aufwand vorangetrieben (BMBF)

Mobilfunk und Politik: Forschungsaktivitäten II

- „Die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Internetauftritte von BMU, BMWi und BNetzA sind positiv aufgenommen worden.“

Mobilfunk und Politik: Mobilfunkkritische Gruppen I

- Über 10 000 Bürgerinitiativen in Deutschland, also die größte zivile Widerstandsgruppierung in der Umweltgeschichte
- Bürgerwelle e.V.
- IGUMED = Umweltmedizinische Organisation nicht nur für Ärzte!

Mobilfunk und Politik: Mobilfunkkritische Gruppen II

- ⊙ BUND e.V.
- ⊙ Länderbezogene Dachverbände
- ⊙ Kompetenznetzwerk e.V.
- ⊙ h.e.s.e. Projekt
- ⊙ Bioinitiative group
- ⊙ Einzelkämpfer

Mobilfunk und Politik: Mobilfunkkritische Gruppen III

- Kritik an den Gruppen :
- 1. verschiedene Charaktere und Machtbedürfnisse
- 2. Technik- und Gesundheitseinstellung
- 3. Grenzwertfrage
- 4. Kommunikationsfähigkeit
- 5. Erfahrung mit politischen Strukturen

Mobilfunk und Politik: Mobilfunkkritische Gruppen IV

- Forderung :
- 1. Zusammenarbeit vor Egoismen und Dogmen
- 2. Ziele gemeinsam definieren
- 3. Akzeptanz und Toleranz
- 4. Zeit, Energie und Geduld

Mobilfunk und Politik: Demokratie ?

- Die demokratische Grundstruktur wird durch wirtschaftsorientiertes Handeln eingeengt, so dass auf Dauer autoritative Gegenmassnahmen notwendig werden, die dann von den Herrschenden als solche angeklagt werden, um die Konsumenten auf die „richtige“ Seite zu bringen!

Mobilfunk und Politik: Risikokommunikation

- ⊙ Dieser Begriff ist der moderne Ausdruck politischer Propaganda mit dem Hang zu scheinbar objektiven und bürger-nahen Begründungen, fragwürdige und gefährdende Techniken als Massenbedürfnis zu vermitteln :

„Es ist alles nicht so schlimm!“

Mobilfunk und Politik:

Die Lehre !

- Sowohl bei den Mobilfunkbefürwortern, die aus der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft kommen, als auch bei den Kritikern, finden sich Mechanismen, die zeigen, dass es schließlich nicht mehr um die Sache geht, sondern dass es um die Fähigkeit geht, Dinge durchzusetzen – Das ist Politik !

Mobilfunk und Politik:

Die Folgen

- Gesundheitliche Aspekte spielen deshalb eine geringe Rolle, da Gesundheit durch viele Faktoren bestimmt wird und die Einflüsse epidemiologisch schwer zu fassen sind. Deshalb wird das Recht, basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen nie die Gefahren für Minderheiten anerkennen!

Mobilfunk und Politik: Konsequenz

- In Ruhe und mit ausgesprochener Weitsichtigkeit die Technikfolgen auf die Gesundheit beobachten, bewerten und verbreiten!
- Das ist Demokratie! So sie gewollt ist .